

**Jörg Bode, MdL**  
**Innenpolitischer Sprecher und**  
**Parlamentarischer Geschäftsführer**  
Postfach 19 04  
30019 Hannover  
Tel. (0511) 30 30 34 10  
Fax (0511) 30 30 48 63  
joerg.bode@lt.niedersachsen.de  
www.fdp-fraktion-nds.de

18.11.2008

### **Aktuelles aus dem Landtag**

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie eine Ausgabe von „Aktuelles aus dem Landtag“, mit der wir Sie erneut über aktuelle landespolitische Themen informieren möchten.

Alle bislang erschienenen Ausgaben von Aktuelles aus dem Landtag stehen Ihnen auch auf unserer Homepage zur Verfügung. Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, so sprechen Sie die Abgeordneten oder die Mitarbeiter der Fraktion an. Wir gehen gerne auf Ihre Wünsche ein.

Bis zur nächsten Ausgabe verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jörg Bode', with a stylized flourish at the end.

**INHALTSVERZEICHNIS****1. Soziales, Familie, Frauen und Gesundheit**

- 1.1 Hausärztliche Versorgung 2-3

**2. Bildung, Wissenschaft und Kultur**

- 2.1 Bundesweite Schülerdemonstration Gegenstand der Aktuellen Stunde 4  
2.2 Anhörung NTH-Gesetzentwurf 4-5

**3. Haushalt und Finanzen; Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

- 3.1 Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer 6  
3.2 Beschlüsse zum Haushalt 2009 6

**4. Innen und Sport**

- 4.1 Einsätze der Bereitschaftspolizei bei Fußballspielen 7-11

**5. Agrar und Umwelt**

- 5.1 Novellierung der EU-Pflanzenschutzverordnung 12  
5.2 Dioxine in Flussniederungen 12-13  
5.3 Castor-Transport 13

---

Ausgabe November 2008

## 1. SOZIALES, FAMILIE; FRAUEN UND GESUNDHEIT

*Wissenschaftlicher Fachreferent: Thomas Franzkewitsch; Telefon 0511-3030 4306*

### 1.1 Hausärztliche Versorgung

Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen Entschließungsantrag zur hausärztlichen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, im letzten Plenum eingebracht. Kernpunkt des Antrages ist, dass die Landesregierung bis Ende 2009 einen Bericht über mögliche Maßnahmen vorlegen soll, die dann gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung umgesetzt werden können.

Hausärzte sind die ersten Ansprechpartner, an die sich Patientinnen und Patienten vertrauensvoll wenden. Die demografische Entwicklung wird eine Erhöhung des medizinischen Versorgungsbedarfs mit sich bringen. Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) hat dabei den Sicherstellungsauftrag für die vertragsärztliche Versorgung. Derzeit sind Zu- und Abgänge bei hausärztlichen Zulassungen nahezu ausgeglichen, es gibt in keinem Planungsbereich eine Unterversorgung. Aufgrund der Altersstruktur der Ärzteschaft ist allerdings zukünftig ein vermehrtes Ausscheiden zu erwarten. Der Bund hat auf Betreiben der Länder die Altersgrenze von 68 Jahren für Vertragsärzte abgeschafft. Dies kann bei Nachfolgeproblemen in Arztpraxen hilfreich für den Übergang sein. Ohne eine höhere Bereitschaft zur Niederlassung als Hausarzt wird aber vor allem in ländlichen Regionen eine Unterversorgung drohen.

Die Rahmenbedingungen der ärztlichen Tätigkeit spielen eine entscheidende Rolle, damit junge und gut ausgebildete Ärztinnen und Ärzte in die Patientenversorgung gehen und dort auch bleiben. Zu diesen Rahmenbedingungen zählen u. a. Fragen der Arbeitsbelastung, der Bürokratie und einer angemessenen Vergütung. Neben einer Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen des Arztberufes bieten sich auch konkrete Ansatzpunkte an, welche die Arbeitsbelastungen reduzieren und den wirtschaftlichen Start einer Praxis erleichtern. Weitere Maßnahmen sollten die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin fördern. Diese Maßnahmen sind in Zusammenarbeit mit der KVN, den Krankenkassen, den Hochschulen und den Kommunen zu entwickeln. Der auf Initiative des Sozialministeriums eingerichtete „runde Tisch“ bietet dazu eine gute Basis. In der Folge sind einige mögliche Maßnahmen aufgeführt.

Durch Delegation an medizinische Fachangestellte könnte eine Unterstützung der hausärztlichen Tätigkeit ermöglicht werden. Zielsetzung einer Delegation sollte es sein, den Hausärzten mehr Zeitraum für ihre Kernaufgaben in Prävention, Diagnostik und

Therapieeinleitung zu geben. Auch eine bessere Vernetzung von haus- und fachärztlicher Tätigkeit zwischen den Hausarztpraxen und den Facharztsitzen in einer Region sowie sektorenübergreifende Kooperationen mit Krankenhäusern und anderen Gesundheitsfachberufen könnten zur Arbeitsentlastung der Hausärzte beitragen.

In der ärztlichen Ausbildung sollten Allgemeinmedizin und die Arbeit in der Arztpraxis gegenüber anderen Fachrichtungen keine nachrangige Rolle spielen, sondern vielmehr mit Anreizen versehen werden. Dazu beitragen können die Lehrstühle für Allgemeinmedizin mit einer entsprechenden Gestaltung der Lehrinhalte. Eine bessere Organisation der Weiterbildung und koordinierte Weiterbildungsstellen mit der Einbeziehung von Kliniken und Praxen können dabei helfen, Probleme beim Wechsel zwischen den vorgeschriebenen Weiterbildungsabschnitten zu vermeiden. Zudem sollte die finanzielle Förderung der Weiterbildungsstellen flexibler und zielgerichteter ausgestaltet werden.

Der wirtschaftliche Start einer Niederlassung gerade in ländlichen Regionen wird durch die von der Kassenärztlichen Vereinigung vorgesehenen Umsatzgarantien und die ab dem Jahr 2010 gesetzlich vorgesehene Gewichtung der Vergütung orientiert am Versorgungsgrad erleichtert. Anzudenken wäre zudem eine Unterstützung bei Praxisneugründungen und -übernahmen durch geeignete Maßnahmen. Arztpraxen könnten auch in dörfliche Dienstleistungszentren zur Grundversorgung eingebunden werden. Für diese bestehen Möglichkeiten der Förderung über das EU-Programm PROFIL für den ländlichen Raum. Bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und ärztlicher Tätigkeit z. B. durch flexible Betreuungsangebote vor Ort könnten insbesondere der zunehmenden Zahl von Ärztinnen Anreize zur Niederlassung geben.

## 2. BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

*Wissenschaftliche Fachreferentin: Claudia Fritzsche; Telefon 0511-3030 4303*

### 2.1 Bundesweite Schülerdemonstration Gegenstand der Aktuellen Stunde

Im Laufe der vergangenen Plenarwoche fand eine bundesweit organisierte Demonstration von Schülerinnen und Schülern statt. Auch in vielen niedersächsischen Städten demonstrierten die Jugendlichen unter dem Motto „Kostenlose und gute Bildung für alle“ für mehr Gesamtschulen, gegen das Abitur nach zwölf Jahren, für kleinere Klassen und für eine bessere Unterrichtsversorgung.

Die Fraktion Die Linke wollte in einer Aktuellen Stunde aus dieser bundesweiten Aktion ein landespolitisches Thema machen. Der bildungspolitische Sprecher Björn Försterling wies in seinen Ausführungen daraufhin, dass die FDP-CDU-Landesregierung seit 2003 kontinuierlich an einer Verbesserung der Bildungssituation in Niedersachsen gearbeitet habe – bis solche Reformen ihre Wirkung zeigen, vergehe aber immer ein gewisser Zeitraum, die Ergebnisse sehe man leider nicht von heute auf morgen. Schülerinnen und Schüler hätten das Recht auf freie Meinungsäußerung – so wie jeder andere auch – ob allerdings das Fernbleiben vom Unterricht das richtige Mittel sei, um gegen Unterrichtsausfall zu protestieren, bezweifelte Försterling.

Leider kam es während der Schülerdemonstration zu Ausschreitungen, als einige gewaltbereite Demonstranten die Bannmeile durchbrachen und Fenster des Landtags zerstörten.

### 2.2 Anhörung NTH-Gesetzentwurf

Am 3. November fand im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur die Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTHG) statt.

Zur Anhörung eingeladen waren unter anderen die Präsidien, Hochschulräte, Senate und ASten der Mitgliedsuniversitäten, die Wissenschaftliche Kommission sowie die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover.

Alle Beteiligten bekräftigten noch einmal ihre grundsätzliche Zustimmung zur NTH und zum Gesetzentwurf, nutzten aber auch die Gelegenheit Sorgen und Ängste, aber auch Kritik vorzubringen.

So wurde erwartungsgemäß die Frage des Sitzes der NTH und damit verbunden die Frage nach der Rotation und den Rotationszeiten thematisiert. Die Leibniz-Universität zeigte sich bereit, von ihrem Beharren, den Sitz der NTH in Hannover festzulegen, abzuweichen und schlug stattdessen vor, die Rotationszeit auf ein Jahr zu verkürzen. Sowohl die TU Braunschweig als auch die TU Clausthal bestanden bei der Sitzfrage auf dem Rotationsprinzip, da es sich bei der NTH um eine Hochschule mit drei gleichberechtigten Mitgliedsuniversitäten handelt.

Da die Leibniz-Universität eine Volluniversität ist, in der ca. die Hälfte der Studierenden nicht-technische Fächer studieren, besteht hier die besondere Sorge, dass es nach der Gründung der NTH zur Spaltung der Studierendenschaft und der Professorenschaft kommt. Deshalb wurde zum Beispiel noch einmal darum gebeten, das Berufungsrecht so zu gestalten, dass die Berufung aller Professoren einer Universität durch ein einziges Gremium geschieht – entweder durch das Fachministerium (wie bisher) oder durch die jeweilige Mitgliedsuniversität und nicht, wie bisher vorgesehen, durch die NTH für die NTH-Fächer und durch das Fachministerium für die anderen Fächer.

Einig zeigten sich alle in der Forderung, die Bauherreneigenschaft auf die NTH zu übertragen. Diese Forderung scheiterte bisher immer am „Nein“ des Finanzministeriums.

Die Ergebnisse der Anhörung werden in der nächsten Ausschusssitzung am 20. November beraten. Hier können dann auch noch einmal Änderungen am Gesetzentwurf vorgenommen werden. Der Gesetzentwurf soll im Dezemberplenum abschließend beraten und beschlossen werden.

### 3. HAUSHALT UND FINANZEN; WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR

*Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer; Telefon 0511-3030 4305*

#### 3.1 Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer

Am Donnerstag den 13. November hat der Landtag über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beraten. Die FDP-Landtagsfraktion stellte im Rahmen der Beratungen klar, dass die vorliegenden Vorschläge zur Reform nicht akzeptabel sind.

Die vorliegenden Vorschläge sind familien- und unternehmensfeindlich. Im Gegensatz zu Familienunternehmen müssen börsennotierte Kapitalgesellschaften nämlich keine Erbschaftsteuer zahlen. Insofern ist die Erbschaftsteuer eine reine Mittelstandssteuer. Die Steuerverschonung für den Betriebsübergang ist an äußerst schwer erfüllbare Bedingungen gebunden und somit der absolute Ausnahmefall.

Hinzu kommt, dass die Regelungen zum Betriebsübergang kompliziert und für den durchschnittlichen Familienunternehmer ohne fremde Hilfe nicht verständlich sind. Das gleiche gilt für die Regelungen über die Vererbung von selbstgenutztem Wohneigentum. Nimmt man nun noch hinzu, dass auch das neue Gesetz in absehbarer Zeit vor dem Bundesverfassungsgericht landen dürfte – Experten sind nämlich der Meinung, dass die geplante unterschiedliche Behandlung der Vermögensarten dem Grundgesetz widerspricht – so kann die Reform als Konjunkturprogramm für Steuerberater und Rechtsanwälte bezeichnet werden.

Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion sollte die Erbschaftsteuer zu einer Ländersteuer gemacht werden. Dass das funktioniert zeigt das Beispiel der Schweiz, wo es sich um eine Kantonalsteuer handelt. Es gibt Kantone die keine Erbschaftsteuer erheben und es gibt Kantone die eine Erbschaftsteuer erheben und zwar jeweils in unterschiedlicher Höhe und in unterschiedlicher Art und Weise. Das hat in der Schweiz zu einem Wettbewerbsföderalismus geführt der ganz Deutschland gut tun würde und von dem wir in Niedersachsen profitieren können.

#### 3.2 Beschlüsse zum Haushalt 2009

Im Rahmen ihrer Haushaltsklausurtagungen haben die Regierungsfractionen von FDP und CDU zahlreiche Beschlüsse getroffen. Umfangreiche Informationen finden Sie in unserer Pressemitteilung vom 18.11.2008, die Sie unter [www.fdp-fraktion-nds.de](http://www.fdp-fraktion-nds.de) finden.

#### 4. INNEN- UND SPORTPOLITIK

*Wissenschaftliche Fachreferentin: Silke Fricke; Telefon 0511-3030 4314*

##### 4.1 Einsätze der Bereitschaftspolizei bei Fußballspielen

Jörg Bode MdL und Hans-Werner Schwarz MdL hatten sich in Form einer sogenannten Kleinen Anfrage beim Innenminister nach den Einsätzen der Bereitschaftspolizei bei den Fußballspielen erkundigt:

*Aus den Reihen der Bereitschaftspolizei wurde in den letzten Wochen eine vermehrte Belastung durch eine gestiegene Zahl von Einsätzen bei Fußballspielen beklagt. Mit Beginn der Saison 2008/2009 ist eine Neugliederung der bisherigen Regional- und Oberligen durch die Einrichtung der eingleisigen dritten Liga und einer dreingleisigen Regionalliga in Kraft getreten. Insbesondere diese neugeordnete Regionalliga ist mit deutlich erhöhten Sicherheitsanforderungen von Seiten des DFB im Vergleich zur früheren Oberliga Nord verbunden. Zudem kommt es in der Regionalliga vermehrt zu Spielen wie z. B. gegen den 1. FC Magdeburg, den Halleschen FC oder Holstein Kiel mit einem größeren Zuspruch von Auswärtsfans und einem erhöhten Gefährdungspotenzial. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Spiele der Bundesliga, der dritten Liga und der Regionalligen in der Mehrzahl am Samstag stattfinden und damit Terminüberschneidungen der Einsätze auftreten. Derzeit ist Niedersachsen neben den Erstligisten Hannover 96 und VfL Wolfsburg sowie dem Zweitligisten VfL Osnabrück mit Kickers Emden und Eintracht Braunschweig in der dritten Liga, mit dem SV Wilhelmshaven, VfL Wolfsburg II und Hannover 96 II in der Regionalliga Nord sowie mit dem BV Cloppenburg in der Regionalliga West vertreten. Vorschläge im Hinblick auf eine stärkere Verantwortung der Vereine sind insofern problematisch, als diese bereits die erhöhten baulichen und technischen Anforderungen des DFB für die Stadien in der dritten Liga und Regionalliga zu tragen haben, die auch zu einer Verbesserung der Sicherheit beitragen. Zudem ist ein Einsatz der Bereitschaftspolizei zum Teil auch im Vorfeld des Stadions oder bei An- und Abreise der Fans erforderlich.*

*Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:*

- 1. Wie hat sich die Zahl der Einsätze der Bereitschaftspolizei bei Fußballspielen in der laufenden Saison 2008/2009 im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt?*

2. *Wie häufig mussten Anfragen nach Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei aufgrund von Überlastung oder Terminüberschneidung abgesagt werden?*
3. *Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um einer erhöhten Belastung der Bereitschaftspolizei durch Einsätze bei Fußballspielen abzuwehren?*

Innenminister Uwe Schünemann beantwortete namens der Landesregierung die Kleine Anfrage wie folgt:

*Niedersachsen verfügt über eine starke und hoch motivierte Landesbereitschaftspolizei (LBPN). Ihre geschlossenen Einheiten unterstützen die örtlichen Dienststellen regelmäßig, insbesondere bei Großveranstaltungen und Demonstrationen und tragen dabei durch professionelle Aufgabenerledigung zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung bei. Die Einsatzbelastung der LBPN ist in der Tat kontinuierlich angestiegen. Seit 2003 bewegt sich die Zahl der Einsätze auf konstant hohem Niveau von über 1.200 Einsätzen jährlich. Insbesondere Großeinsatzlagen wie die Fußball-WM 2006 oder der G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007, aber auch zahlreiche Einsätze aus Anlass erwarteter Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der rechts- und der linksextremistischen Szene sowie die wöchentlichen Fußballereinsätze, haben dazu beigetragen. Die niedersächsische Landesregierung hat im Jahr 2004 auf die hohe Einsatzbelastung reagiert und mit Wirkung ab 2005 die personelle Stärke um zwei zusätzliche Einsatzzüge erhöht. Im Zuge der derzeitigen Umorganisation der LBPN wird der operative Bereich weiter gestärkt werden.*

*Fußballereinsätze sind spätestens seit Ende der 80er Jahre ein klassisches Einsatzgebiet für die LBPN. Die damaligen Ereignisse sind durch die Innenministerkonferenz (IMK) zum Anlass genommen worden, ein von allen Beteiligten getragenes "Nationales Konzept Sport und Sicherheit" zu entwickeln. Dieses Konzept, das 1993 zunächst für den Spielbetrieb der Fußball-Bundesligen in Kraft gesetzt und später auf die Regionalligen erweitert wurde, benennt konkrete Maßnahmen in den Handlungsfeldern Zusammenarbeit aller Beteiligten, Stadionsicherheit, Stadionordnungen, Ordnerdienste, Stadionverbote und Fanbetreuung und hat sich als gutes und wirksames Instrument zur gemeinsamen Bekämpfung des Hooliganismus durch alle Beteiligten bewährt.*

*Ein Bestandteil des Konzeptes ist die "Konzeption für bauliche Sicherheitsstandards und organisatorisch-betriebliche Bedingungen in Stadien". Auf diese aufbauend hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) "Richtlinien zur Verbesserung der Sicherheit bei Bundesspielen"*

*entwickelt, deren Anerkennung und Umsetzung Bestandteil des Lizenzierungsverfahrens für die Vereine der Bundes- und Regionalligen sind. Damit ist grundsätzlich gewährleistet, dass die Polizei in den Stadien durch eine umfangreiche Verantwortungsübernahme der Veranstalter entlastet wird.*

*Trotz dieser Sicherheitsvorkehrungen gebietet es die Lage oftmals, starke Polizeikräfte einzusetzen, um Ausschreitungen - insbesondere außerhalb der Stadien - zu verhindern. Durch jahrelange Erfahrung geprägte taktische Konzepte gewährleisten dabei, dass diese Aufwände grundsätzlich überschaubar bleiben. Seit wenigen Jahren sind zunehmend auch bei Spielen in unterklassigen Fußballligen gewaltbereite Fans anwesend; es herrscht teilweise gewalttätiges Fanverhalten. Auch bei solchen Spielen war und ist die Polizei mehr und mehr gefordert, um die Sicherheit zu gewährleisten.*

*Schon vor der Fußball-WM 2006 ist zwischen dem MI und dem Niedersächsischen Fußballverband (NFV) daher die Erörterung der Problemlage verabredet worden. Am 13.12.2006 habe ich zusammen mit dem Präsidenten des NFV einen "Runden Tisch" veranstaltet, an dem auch Fachleute aus dem Bereich Sport, Polizei und Sportwissenschaft teilgenommen haben. Im Ergebnis haben wir eine Kommission "Sport und Sicherheit" sowie unterhalb dieser einen Ausschuss "Sport und Sicherheit" aus Fachleuten meines Hauses, des NFV sowie der Polizeidirektionen eingerichtet. Nach Analyse von Problemfeldern sind mit der Rahmenkonzeption "Sicherheit bei Fußballspielen niedersächsischer Vereine im Amateurbereich" Maßnahmen und Standards zur Verstärkung der Sicherheit und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Verband, Vereinen und Polizei in Niedersachsen festgelegt worden.*

*Unter anderem durch eine institutionalisierte Zusammenarbeit aller Beteiligten, insbesondere in Form regelmäßiger Sicherheitsbesprechungen und gemeinsamen Risikobewertungen zu allen Spielen sowie der Initiierung örtlicher Ausschüsse, bauliche und organisatorische Verbesserung der Spielstättensicherheit und Qualifizierung von Ordnerdiensten, einen strukturierten Informationsaustausch, eine gestärkte Fanarbeit der Vereine wird die Sicherheit bei Fußballspielen in Niedersachsen erhöht werden. Das dieses in einer Anfangsphase aufgrund der neuen Schwerpunktsetzung mit einem erhöhten Kräfteansatz der Polizei einherging, war voraussehbar. Kurz- bis mittelfristiges Ziel ist es jedoch, diesen Kräfteansatz wieder zu reduzieren.*

*Parallel zu den Planungen in Niedersachsen kam es Ende 2006/Anfang 2007 zu heftigen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Fußballspielen der Amateurligen. In der Folge*

*haben sich die Gremien der IMK verstärkt mit dieser Thematik beschäftigt und empfohlen, die in den Profiligen bewährten Maßnahmen lageangepasst auch in den darunter liegenden Spielklassen durchzuführen. Darüber hinaus hat die Änderung der Ligastruktur durch den DFB zu einem Anstieg der polizeilichen Aufwände in der fünften und damit höchsten rein niedersächsischen Spielklasse geführt.*

*Durch die Einführung der 3. Liga werden die nunmehr drei Regionalligen als vierte Spielklassen weitergeführt. Die vormalige vierte Spielklasse Oberliga Nord mit zuletzt zehn niedersächsischen Vereinen wurde aufgelöst. Stattdessen gibt es unterhalb der Regionalligen nun neun Oberligen, in Niedersachsen die Oberliga Niedersachsen mit den Staffeln Ost und West. Hier nehmen insgesamt 36 Vereine am rein niedersächsischen Spielbetrieb teil, davon acht Vereine aus der ehemaligen Oberliga Nord. Da diesen Vereinen teilweise Problemfanpotential zuzuordnen ist, ist nunmehr auch ein Problemfanaufkommen in der hiesigen fünften Liga zu verzeichnen, das dort vorher nicht vorhanden war.*

*Dieses vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:*

*Zu 1.:*

*Mit Stand 5.11.2008 waren in der laufenden Saison 2008/2009 nach 11 Spieltagen in den Bundes- und Regionalligen bzw. 13 Spieltagen in der 3. Liga und der Oberliga Niedersachsen 59 Fußballereinsätze der LBPN zu verzeichnen. Zum gleichen Zeitpunkt der Vorjahressaison lag die Zahl der Fußballereinsätze bei 52, in der davor liegenden Saison 2006/2007 bei 46 Einsätzen. Dieses entspricht jeweils einer Steigerung von etwa 13 %.*

*Entscheidend für die Einsatzbelastung ist neben der Anzahl der Einsätze aber auch die Anzahl der dabei geleisteten Einsatzstunden. Zur Vergleichbarkeit werden auch hier nur die Einsatzstunden für den o.g. Teil der jeweiligen Saison herangezogen. Für die Saison 2006/2007 waren für diesen Zeitraum ca. 27.000, für die Saison 2007/2008 ca. 44.000 Einsatzstunden zu verzeichnen. Ausschlaggebend für diese Steigerung war eine mehr als Verdreifachung der Einsatzstunden in der Regionalliga Nord von ca. 8.000 auf fast 25.000 Einsatzstunden, obwohl die Anzahl der Einsätze lediglich von 13 auf 19 gestiegen ist.*

*In der laufenden Saison ist die Zahl der Einsatzstunden im o.g. Zeitraum um ca. 2.000 auf ca. 42.500 zurückgegangen. Bestimmend dafür ist auch, dass die Stundenzahl aus Anlass von Spielen der 3. Liga und Regionalligen zusammen nicht an den Wert der Regionalliga-Vorsaison heranreicht.*

*Im Übrigen siehe Vorbemerkung.*

*Zu 2.:*

*Eine Statistik über die Anzahl abgelehnter Kräfteanforderungen der Polizeibehörden an die LBPN wird nicht geführt.*

*Die Stärke der LBPN ist so bemessen, dass das durchschnittliche Einsatzgeschehen jederzeit mit den vorhandenen Kräften abgedeckt werden kann. Darüber hinaus vorhandene Einsatzspitzen können nicht Grundlage für eine der Lage angemessene Kräftebemessung sein. Erfahrungsgemäß kann die LBPN Kräfteanfragen weit überwiegend und in vollem Umfang entsprechen. In seltenen Fällen, in denen dieses aufgrund einer Häufung von Einsatzanlässen und entsprechend hoher Kräfteanfragen nicht gelingt, werden Kräfte des polizeilichen Einzeldienstes eingesetzt. Für solche Fälle sind in den Polizeidirektionen Strukturen geschaffen worden, die den kurzfristigen Einsatz von Alarmeinheiten des polizeilichen Einzeldienstes bei Beibehaltung des Regeldienstes ermöglichen. Darüber hinaus können auch Unterstützungskräfte aus anderen Ländern und vom Bund angefordert werden.*

*Zu 3.:*

*Die Landesregierung wird die konzeptionellen Maßnahmen konsequent fortsetzen und ihre Umsetzung stetig begleiten. Diese Maßnahmen auch im Amateurbereich, insbesondere die bessere Zusammenarbeit aller Beteiligten und die höheren Sicherheitsvorkehrungen durch die Veranstalter, werden kurz- bis mittelfristig zu geringeren Kräfteansätzen der Polizei führen. Die Einhaltung der Maßnahmen und die Zielerreichung werden u.a. anhand der Auswertung jährlich erstellter Lagebilder überprüft.*

*In Niedersachsen ist darüber hinaus eine Arbeitsgruppe beauftragt worden, speziell das hiesige Einsatzgeschehen sowie die Einsatzbelastung zu analysieren und Empfehlungen für einen geringeren Einsatzaufwand zu erarbeiten.*

*Daneben ist es generelle und ständige Führungsaufgabe, Kräftekonzepte nachgeordneter Dienststellen jeweils auch vor dem Hintergrund der starken Einsatzbelastung kritisch zu prüfen.*

*Im Übrigen siehe Vorbemerkung.*

## 5. AGRAR UND UMWELT

*Wissenschaftliche Fachreferenten: Axel Rehwinkel; Telefon 0511-3030 4312*

### 5.1 Novellierung der EU-Pflanzenschutzverordnung

Die geplante EU-Pflanzenschutzverordnung legt Regeln für die Zulassung, das Inverkehrbringen, die Verwendung und der Kontrolle von Pflanzenschutzmitteln fest. Die Landtagsfraktion hat zu den Auswirkungen der neuen EU-Pflanzenschutzverordnung auf die Landwirtschaft, den Obst- und Gemüsebau in Niedersachsen eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Die Antworten des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums geben, sowohl für Verbraucher als auch für Erzeuger, Anlass zur Besorgnis. Durch den Verlust von Wirkstoffen ist mit dem Rückgang der Produktqualität, insbesondere bei Obst und Gemüse und mit Ertragsausfällen zu rechnen. Die Verbraucher werden, in Folge der EU-Pflanzenschutzpolitik, entweder deutlich höhere Preise zahlen müssen oder Produkte aus Regionen beziehen, in denen nicht so sorgsam mit Pflanzenschutzmitteln umgegangen wird. „Wenn zukünftig Obst, Gemüse und Weizen nicht mehr in Europa im großen Stil angebaut werden können, wird sich die als Verbraucherschutz getarnte Richtlinie als Pyrrhussieg entpuppen“, so Jan-Christoph Oetjen. Die Arbeit der heimischen Landwirtschaft wird nicht nur erschwert, sie wird in weiten Teilen in Frage gestellt. Die neue Agrarministerin Ilse Aigner ist daher gefordert die Richtlinie in dieser Form zu stoppen.

### 5.2 Dioxine in Flussniederungen

Dioxine und Furane beschäftigen weiterhin den Landtag. Nachweise an Jade, Ems, Elbe und Weser belegen dabei eine Grundproblematik. Dioxine gelangen durch Abluft, Chemikalien und Papier, durch Rückstände wie Asche und Schlacke und über Abwässer in die Umwelt. Sie sind langlebig und der Eintrag in die Umwelt ist erst durch Verbotsverordnungen ab den neunziger Jahren stark reduziert worden. Das Problem betrifft ganz Europa gleichermaßen. Die EU hat deshalb 2001 die „Strategie der Gemeinschaft für Dioxine, Furane und polychlorierte Biphenyle“ verabschiedet. In der Bundesrepublik läuft bereits seit 1994 ein „Dioxin-Referenzmessprogramm“ zu Böden, Sedimenten und Schwebstoffen, Luft, Bioindikatoren und Humandaten. Niedersachsen plant im Dezember eine Expertenrunde, mit Vertretern aller Bundesländer und der Nachbarstaaten, in Hannover. Darüberhinaus kündigte das Landwirtschaftsministerium die Erarbeitung einer „Dioxinlandkarte“ für Niedersachsen und die Durchführung weiterer Proben entlang der Mittelweser an. Der Verbraucherschutz

wird weiterhin durch die landesweite Untersuchung der Kuhmilch und der Leber von Schlachttieren gewährleistet.

### **5.3 Castor-Transport**

Eine Abordnung der Landtagsfraktion war während des diesjährigen Castor-Transports zur Beobachtung der Situation vor Ort. Nach einer Einweisung bei der Polizeidirektion in Lüneburg wurden Versammlungen, Blockaden und Polizeiunterkünfte bis spät in die Nacht besucht. Der überwiegende Teil der rund 15.000 Demonstranten hat engagiert und friedlich von den Grundrechten Gebrauch gemacht. An einigen Stellen kam es aber zu Rechtsbrüchen, schweren Eingriffen in den Straßen- und Schienenverkehr und Körperverletzungen. Mehrere hundert Autonome missbrauchten den Castor-Transport für Gewaltaktionen gegen die eingesetzten Polizeikräfte. Hierbei sind rund 12 Polizisten verletzt worden. Trotz der hohen Gewaltbereitschaft ist die Polizei nach unseren Beobachtungen besonnen geblieben. Die Landtagsfraktion bedankt sich daher für die umsichtige und angemessene Arbeit der Polizei.